

Anfrage gem. § 18 der Geschäftsordnung

Betr.: Fracking-Pläne der Niederlande

„Niederlande denken über Fracking nach“ berichtete die Heinsberger Zeitung in ihrer Ausgabe von Samstag, dem 31. Mai 2014 über die Absicht der Niederlande, möglicherweise ab 2015 an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen Schiefergas zu fördern. Der Bericht hat in der hiesigen Bevölkerung Unruhe ausgelöst. Aus diesem Grunde bittet die CDU-Fraktion Sie, in der nächsten Ratssitzung folgende Fragen zu beantworten:

1.

Welche Meinung vertritt die Verwaltung zu diesen Plänen?

2.

Wie gedenkt die Verwaltung auf diese Pläne zu reagieren?

Zu Frage 1:

In großformatigen Anzeigen hat die niederländische Regierung unter der Bezeichnung „Bekanntmachung Strukturvision Schiefergas“ mitgeteilt, dass der geografische Rahmen für die Suche nach und die Förderung von Schiefergasvorkommen in den Niederlanden abgesteckt werden soll. Konkrete Standorte in einem bestimmten Gebiet sollen in der Strukturvision allerdings noch nicht genannt werden. Diese werden erst beschlossen, sobald das Vorhaben konkret ist.

Da auch das an den Kreis Heinsberg angrenzende niederländische Gebiet potentiell schiefergashaltige Schichten aufweist, ist eine Betroffenheit auch der Stadt Heinsberg nicht auszuschließen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die in der Nähe zur niederländischen Grenze gelegenen Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadtwerke Heinsberg GmbH. Es besteht die Besorgnis, dass durch die beim Fracking verwendeten Chemikalien eine Verseuchung des Grundwassers eintreten könnte. Außerdem besteht möglicherweise die Gefahr, dass durch die Bohrungen Erdbeben ausgelöst werden können. Aus diesem Grunde steht die Verwaltung der Gasgewinnung durch Fracking im niederländischen Grenzbereich ablehnend gegenüber, solange nicht eindeutig nachgewiesen ist, dass hierdurch Gefährdungen von Mensch und Umwelt sowie insbesondere der Trinkwasserversorgung sicher ausgeschlossen sind. Diese Position entspricht auch der Resolution des Rates der Stadt Heinsberg vom 04.09.2013, die dieser auf einen Bürgerantrag „Energiewende ohne Fracking“ zur Schiefergasgewinnung in Deutschland gefasst hat.

Zu Frage 2:

Die Verwaltung hat bereits Kontakt mit dem Amt für Umwelt und Verkehrsplanung des Kreises Heinsberg aufgenommen. Es ist beabsichtigt, in enger Abstimmung mit dem Kreis fristgerecht eine ablehnende Stellungnahme gegenüber der niederländischen Seite abzugeben.